BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

16. Wahlperiode

08.11.05

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Gewoba als kommunales Wohnungsunternehmen erhalten

Die Gewoba ist mit ca. 43.000 Mietwohnungen das marktprägende Wohnungsunternehmen in Bremen und Bremerhaven.

Durch Instandhaltung und Modernisierung leistet sie einen erheblichen Beitrag zur Aufwertung und sozialen Stabilisierung der Wohnquartiere in Bremen und Bremerhaven und sorgt dadurch für Beschäftigung im Baugewerbe.

Darüber hinaus verfügt die Gewoba über hervorragende Kompetenzen im Bereich der Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

Aktionäre der Gewoba AG sind die Freie Hansestadt Bremen mit 74,27 $\,\%$ und fünf Banken mit 25,73 $\,\%$ Aktienanteil.

Diese Struktur der Anteilseigner sichert den Einfluss Bremens auf die Geschäftstätigkeit und die Entwicklung der Gewoba.

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Gewoba einen Jahresüberschuss in Höhe von 17,6 Mio. Euro erwirtschaftet und insgesamt 11,4 Mio. Euro an Dividende ausgeschüttet. Der Anteil Bremens betrug 8,5 Mio. Euro.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, dass die öffentliche Hand mehrheitliche Eigentümerin der Gewoba bleibt und bittet den Senat, entsprechend zu handeln.
- 2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Übertragung der von der BIG gehaltenen Gewoba-Anteile auf die HAWOBEG als Alternative zu einer erneuten Prolongation des Pensionsgeschäftes weiter zu verfolgen.
- 3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat die Gewoba zu beauftragen, auf Basis eines extern zu begleitenden Benchmarking-Verfahrens weitere Optimierungspotenziale und Gestaltungsmöglichkeiten für die strategische Aufstellung und Wettbewerbsfähigkeit der Gewoba zu prüfen. Daraus sind Vorschläge für eine weiterführende Unternehmensstrategie zu entwickeln, die auch unter Berücksichtigung der Mieterinteressen zu einer Steigerung des Unternehmenswertes der Gewoba beitragen.

Dr. Carsten Sieling, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Dieter Focke, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU